



Polizeieinsatz beim Hamburger Millerntor-Stadion am 7. Juli

Abgebrannt

Randale Nach den Hamburger Chaostagen beginnt die Suche nach Schuldigen. Vertrauliche Einsatzbefehle und Protokolle zeigen, dass Bürgermeister Olaf Scholz und die Polizei falsche Prioritäten setzten und der Guerillataktik der Autonomen nicht gewachsen waren.



FILIP SINGER / SHUTTERSTOCK

Als der letzte Staatsgast abgereist und der Rauch brennender Barrikaden verzogen war, legte Olaf Scholz seine Verteidigungslinie fest und ging ins Fernsehstudio von Anne Will.

Entschieden wies der Erste Bürgermeister von Hamburg am vergangenen Sonntag vor der Kamera den Vorwurf zurück, die Polizei habe nur Putin, Trump & Co. beschützt – nicht aber die Hamburger Bürger: „Das ist nicht die Priorität gewesen.“

Am Montag sagte er der „Bild“-Zeitung: „Der Vorwurf ist absurd.“

In seiner Regierungserklärung am Mittwoch beteuerte der SPD-Politiker ein drittes Mal, die Maßnahmen der Polizei hätten „gleichermaßen dem Schutz des Gipfels wie der Sicherheit der Bürger“ gedient.

Wirklich?

Der Rahmenbefehl der Hamburger Polizei ist 40 Seiten stark und auf den 9. Juni datiert, genau vier Wochen vor dem G-20-Gipfel. Auf dem Titelblatt des ver-

traulichen Dokuments („VS – nur für den Dienstgebrauch“) prangen der Hamburger Polizeistern und der Schriftzug „BAO Michel“, was im Behördendeutsch „Besondere Aufbauorganisation“ bedeutet.

Unter Punkt 3.2. („Leitlinien“) ist das Einsatzziel klar formuliert: „Der Schutz und die Sicherheit der Gäste haben höchste Priorität.“

Gleich nach den Hamburger Chaostagen hat das „blame game“ begonnen, die Suche nach den Schuldigen für einen Gipfel, bei dem Hunderte Menschen verletzt, zahllose Autos angezündet und Geschäfte geplündert wurden. Und das ist nur der materielle Schaden. Hinzu kommen ein Gefühl der Unsicherheit bei vielen Bürgern – und ein Imageproblem für die Bundesrepublik.

Wer die Verantwortung für das G-20-Debakel trägt, ist aus drei Gründen bedeutsam. In Hamburg brauchen die Bürger eine Aufklärung der Versäumnisse. Nur so kann der gesellschaftliche Frieden in ihrer Freien und Hansestadt wiederhergestellt werden. In der Bundespolitik verändern die brutalen Bilder vom Gipfel den Wahlkampf; im Ringen um die Deutungshoheit sind nun verlässliche Fakten gefragt. Und deutschlandweit erwarten die Menschen Antworten auf die Frage, wie der Staat sie vor seinen Feinden schützen will.

Ein SPIEGEL-Team hat die vertraulichen Einsatzprotokolle und den Rahmenbefehl der Polizei ausgewertet. Redakteure haben mit Polizisten, Demonstranten und den Anwälten von Beschuldigten gesprochen, sie haben Sicherheitsexperten befragt und mit Politikern in Hamburg und im Bund diskutiert.

Die Recherchen führen zu Olaf Scholz. Unter seiner Verantwortung habe die Hamburger Polizei Warnungen ignoriert und eine falsche, repressive Strategie entwickelt, wie Polizeiführer aus anderen Bundesländern kritisieren. Während des Gipfels schätzte sie die Gefahrenlage falsch ein und konnte Bürger nicht schützen, trotz eines Großaufgebots von mehr als 20 000 Beamten aus der ganzen Bundesrepublik. Und nach dem Gipfel hat Scholz die Menschen getäuscht – indem er mehrfach behauptete, der Schutz der Staatsgäste und der Bevölkerung seien gleichrangig gewesen.

Statt Fehler einzuräumen, hat der Bürgermeister die Gewalttaten verurteilt, nach harten Strafen gerufen und sich immerhin bei den Hamburgern entschuldigt. Eine Strategie für die Zukunft aber präsentierte er nicht. Er hatte keine Erklärung für die plötzliche Wut auf seinen Straßen und keine Idee, wie Hamburg das jahrelange, nun eskalierte Gezerre mit Autonomen endlich beenden kann.

Damit wird Scholz zum Problem für die SPD. Der missglückte Gipfel ist unerwartet zur Belastung in einer Wahlkampagne ge-

worden, die nicht auf Touren kommt. Die Chance, wieder zur Union aufzuschließen, ist weiter gesunken.

Vor dem Treffen war die größte Sorge der Sozialdemokraten, Merkel könne die Bilder mit den Staats- und Regierungschefs zur eigenen Imagewerbung nutzen. Es kam viel schlimmer: Nach den Krawallen ist die SPD in der Defensive. Die Kanzlerin ist fein raus.

Das liegt zum einen an Scholz. Der Erste Bürgermeister war neben Parteichef Martin Schulz und Außenminister Sigmar Gabriel die zentrale Figur in der SPD-Führung. Er galt als der Mann, der nach einer möglichen Wahlniederlage im September die nächste Nummer eins der Partei hätte werden können. Er war eine Hoffnung auch für die Bundespolitik.

Zum anderen ist ein Thema wieder aktuell, das die Sozialdemokraten gern aus dem Wahlkampf herausgehalten hätten, die innere Sicherheit. Traditionell wird der Union hier höhere Kompetenz zugesprochen, die SPD kann dabei nichts gewinnen. Scholz sollte als erfolgreicher Bürgermeister den Vorsprung der CDU bei dem Thema neutralisieren. Das funktioniert nun nicht mehr.

Martin Schulz ist damit in einer schwierigen Lage. Eigentlich wollte er in den nächsten Wochen im Wahlkampf durchstarten. Stattdessen musste er nun Fragen zur Zukunft von Scholz beantworten. Außerdem kam erneut der Vorwurf auf, Schulz lasse sich von Gabriel die Schau stehlen. Der Außenminister hatte mit einer scharfen Attacke auf Merkel versucht, die SPD wieder in die Offensive zu bringen. Er warf der Union ein „bislang nicht gekanntes Maß an Verlogenheit“ vor.

Auch strategisch rutscht Schulz immer weiter in die Bredouille. Die Debatte über linke Gewalt betrifft die SPD nicht direkt. Aber das ungeklärte Verhältnis von Teilen der Linkspartei und der Grünen zur gewaltbereiten Autonomenszene (siehe Seite 22) macht ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Wahl noch unwahrscheinlicher. Der SPD kommt die Machtperspektive abhanden.

Aber der Staat insgesamt macht seit einiger Zeit keinen guten Eindruck, auch die Bundesregierung nicht. Schon viermal mussten die Bürger in den vergangenen beiden Jahren erleben, dass der Staat die Kontrolle verliert. Es begann mit der Flüchtlingskrise, als Hunderttausende ohne Papiere ins Land kamen. Dann folgte die Kölner Silvesternacht. Danach der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt. Und nun die Chaostage von Hamburg.

Für jedes dieser Ereignisse gibt es unterschiedliche Erklärungen. Aber für alle gilt, dass sie die Menschen verunsichern. Dass ein Ohnmachtsgefühl um sich greift. Dass der Eindruck entsteht, der Staat sei –

wie im Fall der hohen Flüchtlingszahlen – überfordert oder könne seine Bürger nicht richtig schützen.

Politik und Gesellschaft müssen Lehren aus den Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre ziehen. Wenn das Chaos überwunden, die Gewalt überstanden, die Trümmer beseitigt sind, rufen Verantwortliche regelmäßig nach einem starken Staat, nach mehr Polizei, nach schärferen Gesetzen, nach hartem Durchgreifen gegen Kriminelle und Extremisten jedweder Couleur.

Ein starker Staat muss seine Feinde entschieden bekämpfen. Aber er braucht auch sanfte Instrumente. Er muss für Prävention sorgen, den Diskurs mit und in gesellschaftlichen Gruppen suchen und fördern. Und er sollte souverän genug sein, im richtigen Moment abzurufen. Berlin hat das verstanden – und die traditionellen Krawalle zum 1. Mai erfolgreich deeskaliert.

Polizisten würden in Hamburg wieder „als Deppen der Nation“ aus einem Einsatz herausgehen, beklagt der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz. Schuld seien aber nicht die Beamten. Das Problem sei, „dass Polizeiführung und Politik für die Gewaltphänomene der jüngsten Zeit kein schlüssiges Konzept haben“.

Einen Monat vor dem G-20-Gipfel unterzeichnet Hartmut Dudde, Leiter der Polizeidirektor in Hamburg, den Rahmenbefehl für seine Beamten. Das Dokument regelt den größten Polizeieinsatz in der bundesdeutschen Geschichte. Mehr als 20.000 Polizisten sollen vom 6. bis 8. Juli die mächtigsten Staats- und Regierungschefs der Welt bei ihrem Treffen an der Elbe schützen.

Dudde weiß, dass dieser Einsatz schwierig wird. Es gilt, politische Attentate auf die Gipfelteilnehmer, Terroranschläge und Gewaltausbrüche bei Demonstrationen zu verhindern. Er macht sich keine Illusionen: Es sei mit massiven Protesten zu rechnen, die „auch gewalttätige Ausschreitungen beinhalten werden“, heißt es im Rahmenbefehl. „Schwere Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamten“ seien „einzukalkulieren“.

Die Polizisten sollen ein „tolerantes, betont offenes und freundliches Verhalten“ an den Tag legen.

Das Rezept der Hamburger Polizei dagegen ist: Härte. Störungen des Gipfels und der Fahrten der Teilnehmer sind „im Ansatz zu verhindern“, befiehlt Dudde. Für den Einsatz bei Demonstrationen und gegen Störer ordnet er eine „niedrige Einschreitschwelle“ an. Tarnnamen sollen die schlimmsten Szenarien kennzeichnen: „Orkan“ steht für einen Terroranschlag, „Blitz“ für ein Attentat, „Eiskonfekt“ für einen Bombenfund.

Doch das ist nicht alles – auch für Nebensächlichkeiten ist Platz: Polizisten sollen nicht mit ihrem privaten Handy telefonieren. Es ist den Beamten verboten, Bilder aus dem Einsatz im Internet zu veröffentlichen. Sie sollen ein „tolerantes, betont offenes, kommunikatives und freundliches Verhalten“ an den Tag legen. „Die eingesetzten Polizeibeamten stehen im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit“, schreibt Dudde, „jeder Polizeibeamte leistet durch sein tadelloses äußeres Erscheinungsbild und korrektes Auftreten einen wichtigen Beitrag zum Gesamterfolg.“ Es geht auch um schöne Bilder im Wahlkampf, und Dudde soll mit dafür sorgen.

Kurz vor dem Beginn des Gipfels schwört der Polizeidirektor seine Leute auf eine harte Linie ein. „Ein Wasserwerfer hat keinen Rückwärtsgang“, sagt er auf einer Besprechung. „Melden Sie nicht, wenn eine Straße blockiert ist, sondern wenn sie wieder frei ist.“ Spätestens jetzt ist den anwesenden Beamten klar: Es gibt keine Deeskalationsstrategie. Dudde wird die Konfrontation mit den Demonstranten suchen.

Die Einsatzprotokolle der Hamburger Polizei und die vertraulichen Lagebilder des Bundesinnenministeriums vom 7. bis 10. Juli sind insgesamt mehrere Dutzend Seiten stark. In nüchterner Sprache stehen sie im klaren Gegensatz zu den Rechtfertigungsversuchen der Polizeiführung und Politik nach dem Gipfel.

Man sei von der Massivität der Gewalt völlig überrascht worden, heißt es in den Pressekonferenzen der Innenbehörde. Das Bundesinnenministerium dagegen schreibt: „Die Prognosen zum Verlauf der Proteste gegen den G-20-Gipfel des Verfassungsschutzverbundes haben sich als zutreffend erwiesen.“

Und während der Hamburger Polizeipräsident Ralf Martin Meyer darüber räsonierte, wie schwierig es sei, wenn „Täter ohne Bezug zum Gipfel“ an unterschiedlichen Stellen der Stadt in einer „Kleingruppentaktik“ agierten, heißt es im Papier des Innenministeriums: „Die Art der Mobilisierung und der Modus Operandi der militanten Strukturen (Kleingruppentaktik) sowie die ausgeübte Gewalt sind per se keine neuen Erscheinungsformen.“ Sie seien bereits in „diversen Kampagnen und Aktio-



Bürgermeister Scholz*: Hat die Polizei die Guerilleros unterschätzt?

CHRISTIAN CHARISIUS / DPA



XIM/GS / IMAGO / XIM/GS

Randale vor der Roten Flora: „Hurra! Diese Welt geht unter!“

nen“ des linksextremistischen Spektrums umgesetzt.

Hat die Hamburger Polizei die Guerilleros unterschätzt? Schon am Vorabend des Gipfels, am Donnerstag, dem 6. Juli, stehen alle Zeichen auf Konfrontation. Bei der „Welcome to Hell“-Demonstration glitzert in der Hafenstraße ein Heer weißer Polizeihelme. Vier Wasserwerfer sind unter einer Brücke in Stellung gegangen. Ihnen gegenüber stehen rund 12 000 Teilnehmer, mehr als 1000 haben sich mit schwarzen Tüchern verummmt. „Hurra! Diese Welt geht unter!“, heißt es auf einem Transparent.

Bald fliegen die ersten Flaschen auf die Polizei. Von der Seite gehen Beamte auf die Störer los. Diese schlagen mit Holzlaten zurück. Dann fegen Wasserwerfer die Demonstranten von der Straße. „Dudde wollte den Schwarzen Block provozieren, damit es Grund zum Einschreiten gibt“, sagt ein Beamter. Die Stimmung für die kommenden Tage ist gesetzt.

Am nächsten Morgen, dem Gipfelbeginn, läuft zumindest ein Programmpunkt vergleichsweise reibungslos ab: die Fahrt der Staats- und Regierungschefs zum Tagungsort. „Die Kolonne der BK‘in Frau Dr. Merkel fuhr um 9.05 Uhr in Richtung Messegelände ab“, meldet die Polizei. Die Kolonne des russischen Präsidenten startet um 9.12 Uhr, die des amerikanischen um 10.20 Uhr.

Doch ringsum herrscht Chaos, schon seit Stunden. Im Minutentakt meldet die Polizei Störmanöver der Autonomen quer durch die Stadt.

Um 6.33 Uhr werden Beamte laut Protokoll in der Nähe des Volksparkstadions von Vermummten „massiv mit Gegenständen beworfen“.

Um 7.13 Uhr geht die Polizei auf der Schützenstraße mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen eine Gruppe „gewaltbereiter Störer“ vor. Um 7.27 Uhr marschieren 1000 Personen an den Landungsbrücken auf – rund 300 von ihnen sind schwarz gekleidet.

Und so geht es atemlos weiter. Hier eine Sitzblockade, da brennende Autos, dort eingeworfene Scheiben in einem Bezirksrathaus.

Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel, das die Polizei nicht gewinnen kann. Die Einsatzleitung glaubt, dass nur noch mehr Beamte helfen. Um 7.53 Uhr ruft sie Verstärkung aus Lübeck, sechs Minuten später die Bundesreserve aus St. Augustin bei Bonn – sie wird nach Hamburg geflogen. Um 8.12 Uhr sendet die Einsatzzentrale ein Fernschreiben an den Bund und alle Bundesländer: Bitte schickt alles, was Ihr habt.

* Mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Polizisten vor den Hamburger Messehallen nach dem Gipfel am 9. Juli.



LARS BERG

Vermummte des Schwarzen Blocks: „Es ist eingetreten, was erwartet wurde“



LARS BERG

Polizisten im Schanzenviertel: „Bei Vorrücken muss mit schwersten Verletzungen gerechnet werden“

Zu diesem Zeitpunkt hat der Gipfel noch gar nicht begonnen. Aber die linke Guerilla hat die Polizei bereits schonungslos aufgerieben. Die Beamten haben 20-Stunden-Schichten hinter sich. Viele von ihnen werden im Verlauf des Tages kollabieren, dehydriert, übermüdet, erschöpft.

Gegen Mittag haben die Autonomen die Polizei so weit, dass sie ihre wichtigste Aufgabe, den Schutz des Gipfels und seiner Teilnehmer, nicht mehr voll gewährleisten kann: Erfolgreich greifen die Autonomen an unterschiedlichen Orten Delegationsfahrzeuge an. „Keine hochrangigen Mitglieder“ im Fahrzeug, notieren die Beamten danach jeweils erleichtert. Um 11.45 Uhr erwischt es ein Fahrzeug der US-Delegation – die Störer schlagen eine Seitenscheibe ein.

Die Einsatzleitung möchte nun keine Risiken mehr eingehen. Sie entscheidet: Angela Merkel und ihre Gäste sollen nach ihrem Treffen auf dem Messegelände nicht mehr zurück in die Hotels fahren, sondern direkt zum Konzert in die Elbphilharmonie.

Nur der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hält sich nicht daran. Er schwänzt das Konzert. Es ist nicht das einzige Mal, dass er der Polizei Ärger macht. Einmal wartet sein Konvoi nicht auf die Polizeieskorte, sondern fährt einfach los. Es folgt Chaos, die Eskorte rast dem Konvoi hinterher.

Der Showdown im Schanzenviertel startet am Freitagabend, als das Konzert in der Elbphilharmonie begonnen hat. Um 20.47 Uhr brennt die erste Barrikade in der Schanzenstraße. Vielleicht verstreicht in diesen Minuten die letzte Chance, das Chaos zu beherrschen. „Man hätte die Schanze zu einem gewissen Zeitpunkt noch mit Polizei pflastern können – aber da waren unsere Leute kreuz und quer in der Stadt gebunden“, sagt ein Beamter.

Unter die Akteure des linksautonomen Umfelds haben sich mehrere „Tabos“ (Tatbeobachter) gemischt. So nennt die Polizei ihre vor Ort eingesetzten Zivilbeamten. Die Einsatzleiter erreichen Berichte, wonach Hinterhalte geplant waren. Um 21.31 Uhr melden die Polizisten eine „massive Aufrüstung. Bei Vorrücken durch Polizei muss mit schwersten Verletzungen gerechnet werden“.

In diesen Minuten überlässt die Polizei das Schanzenviertel dem Mob. „Konkret war mit dem Einwirken in Form von Bewurf mit Steinen, Gehwegplatten, Eisenstangen, Brandsätzen sowie Zwillenschuss zu rechnen“, schreibt einer der Polizeiführer in einem internen Dokument.

Es ist nun an Bernd Bürger, 40, Leiter des Unterstützungskommandos (USK) der Bereitschaftspolizei aus dem bayerischen Dachau, seine Leute ins Inferno zu schicken. Bürger hat schon viele Proteste mitgemacht, in Gorleben, in Heiligendamm.



Polizeidirektor Dudde
Einsatzkommandos nicht verfügbar

Seine Einheit ist darauf trainiert, die Rädelführer gewalttätiger Proteste festzunehmen.

Noch nie aber, sagt Bürger, habe er ernsthaft damit rechnen müssen, dass das Leben seiner Kollegen bedroht war. Und noch nie standen er und seine Vorgesetzten vor der schwierigen Entscheidung, einen Auftrag der Einsatzleitung aus diesen Gründen zunächst nicht zu erfüllen. Am Freitag, den 7. Juli, um 22 Uhr ist es der Fall.

Sie sind schon seit Tagen auf den Beinen, die 130 Bereitschaftspolizisten aus Dachau, die vergangene Nacht haben sie nur eine Stunde in ihrem Hotel geschlafen. Sie sind gerade am Millerntorplatz, Bürger hat eine fliegende Flasche mit seinem Arm abgewehrt, da kommt der Auftrag: das Schulterblatt räumen, die zentrale Straße im Schanzenviertel.

Sie stehen etwa 150 Meter von Hausnummer 1 entfernt, einem bis zum Dach eingerüsteten Gebäude, auf dem Gerüst mehrere Gestalten. Ein Hubschrauber kreist über der Szene, über Funk erfährt Bürger, dass Autonome auf dem Dach seien, dass sie Gehwegplatten hinaufgeschleppt hätten. Es sei damit zu rechnen, dass Polizisten getötet werden sollen. Ähnliche Informationen habe auch der Hamburger Verfassungsschutz geliefert, bestätigt später die Hamburger Polizei.

Es ist gegen 22 Uhr, als sich Bürger mit Kollegen aus anderen Bundesländern

In der Kommandozentrale muss Olaf Scholz mit ansehen, wie Teile seiner Stadt im Chaos versinken.

bespricht. „Wir waren uns schnell einig, dass bei einem weiteren Vorgehen erhebliche Gefahren für Leib und Leben unserer Kollegen drohen würden.“ Diese habe man an die Polizeiführung weitergemeldet.

Ein anderer beteiligter Einsatzleiter ergänzt: „Das sind top trainierte Leute, die sich sehr lange auf genau so einen Moment vorbereitet haben. Wenn die sagen, wir gehen da nicht rein, dann heißt das was. Es war einfach lebensgefährlich.“

Polizeidirektor Dudde ist zunächst nicht begeistert. Er drängt darauf, ins Schulterblatt reinzugehen. Um die Bürger zu schützen, wie es später der Hamburger Polizeipräsident Meyer sagt. Und auch, weil Flammen drohten auf Häuser überzugehen. Lange wird diskutiert, schließlich fordert Dudde zwei größere Einheiten der Spezialeinheiten an, um die Leute von den Dächern zu holen.

Doch obwohl etliche Spezialeinsatzkommandos (SEK) in der Stadt sind, ist zunächst keines verfügbar. Die Elitepolizisten bewachen die Elbphilharmonie mit den dort versammelten Staatsgästen. Das habe den Einsatz erheblich verzögert, sagt später der Polizeipräsident. Warum keines der SEK für den neuralgischen Ort in der Schanze abgestellt war, gehört zu den offenen Fragen.

Mehr als zwei Stunden lang ist das Schanzenviertel an diesem Abend eine rechtsfreie Zone. Nach dem Konzert in der Elbphilharmonie erreicht Olaf Scholz die Kommandozentrale der Polizei in Hamburg-Winterhude. Machtlos muss er mit ansehen, wie Teile seiner Stadt im Chaos versinken.

Um 23.40 Uhr beginnt die Räumung. Bürgers Einheit ist dabei, als die Polizei aufs Schulterblatt vorrückt. Er rennt hinter einem Wasserwerfer her. Steine treffen seinen Helm. Einer der Kollegen stolpert in ein Gullyloch, irgendjemand hat den Deckel entfernt. „Ganz Hamburg hasst die Polizei“, werden Vermummte später skandieren. Erst nach 2 Uhr entspannt sich die Lage. Ein Beamter im Bundesinnenministerium fasst hinterher die Randalen zusammen: „Es ist eingetreten, was erwartet wurde.“

Ralf Martin Meyer, der Hamburger Polizeipräsident, weist den Vorwurf zurück, die Polizei habe vorrangig die Gipfelgäste und nachrangig die Bewohner geschützt. „Die Frage nach der Priorität halte ich für eine unzulässige Zuspitzung“, sagt er. „Natürlich hatte die Sicherheit der Staatsgäste zum Beispiel vor Terrorgefahren höchste Priorität. Das heißt aber nicht, dass der Schutz der Bürger weniger wichtig war. Für die Polizei ging es darum, parallel den Schutz der Bürger in gleichem Maße sicherzustellen.“

So sieht es auch Olaf Scholz. Drei Dinge hätten Priorität gehabt: der Schutz der Bevölkerung, die Sicherheit der Gipfelteil-

nehmer und das Gewährleisten friedlicher Demonstrationen. „Es ging niemals darum, dem Schutz der Gipfelteilnehmer eine größere Bedeutung beizumessen als dem Schutz der Bevölkerung“, sagt sein Sprecher dem SPIEGEL. „Der Widerspruch ist offenkundig konstruiert.“ Im Übrigen sei der Rahmenbefehl dem Bürgermeister nicht bekannt.

Trotzdem soll es Konsequenzen geben, Polizeipräsident Meyer will seine Einsatzstrategie überdenken. Die Guerillataktik der Autonomen sei für die Polizei ein kaum zu lösendes Problem, sagt er. „Wir müssen überlegen, wie wir künftig mit diesen Tätern umgehen.“

Als Marie Beier* am Morgen jenes Freitags durch Hamburg läuft, ahnt sie nicht, dass ihr Tag in einer Zelle ohne Bett und Toilette enden würde. Beier hat gerade ein sehr gutes Abitur gemacht. Ehrenamtlich engagiert sie sich in einer Flüchtlingsunterkunft in Nordrhein-Westfalen. In Hamburg will sie gegen G 20 demonstrieren.

Doch weit kommt sie nicht. Die 19-Jährige wird mit anderen Aktivisten auf der Straße festgenommen. Die Polizisten bringen sie zur Gefangenensammelstelle Neuland. Der Hauptvorwurf: besonders schwerer Landfriedensbruch.

Beier schweigt dazu – sie übt damit ein Grundrecht aus. Doch die zuständige

Staatsanwältin macht ihr das sofort zum Vorwurf und beantragt Haftbefehl. Wer schweigt, ist für sie gleich verdächtig.

Was Beier in dem provisorischen Gefängnis erlebt, klingt verstörend. Ihr Anwalt Lino Peters erzählt es so: Fast 18 Stunden habe es gedauert, bis er mit seiner Mandantin sprechen konnte. Noch einmal so lange bis zur Haftprüfung. In den mehr als 30 Stunden in der Gefangenensammelstelle hätten sich unvorstellbare Szenen abgespielt. Marie Beier habe eine starke Sehschwäche, mit sechs Dioptrin könne sie ihre Umgebung ohne Brille nur schemenhaft wahrnehmen. Doch die Brille wird ihr in der gesamten Zeit trotz Beschwerden nicht zurückgegeben.

Ihrer Bitte nach einem Tampon wird erst spät entsprochen. Spöttisch sollen Beamte ihr und anderen Frauen zugerufen haben: „Ihr macht unsere Stadt kaputt, Demonstrantinnen kriegen nicht ihre Tage.“

Jetzt sitzt Beiers Mutter in einer Anwaltskanzlei in Hamburg und versteht die Welt nicht mehr. Sie beschreibt ihre Tochter als friedlich, hilfsbereit und welt-offen. Marie habe keine Vorstrafen, sei höchstens ein bisschen sorglos im Umgang mit ungewohnten Situationen: „Sie ist politisch aktiv, und das finde ich sehr gut“, sagt ihre Mutter. Was sie über die Haftbedingungen ihrer Tochter erfahren hat, macht sie wütend. „Das ist Willkür und nicht mehr nachvollziehbar.“ In einem Telefonat habe ihre Tochter gefragt: „Mama, funktioniert unser Rechtssystem?“

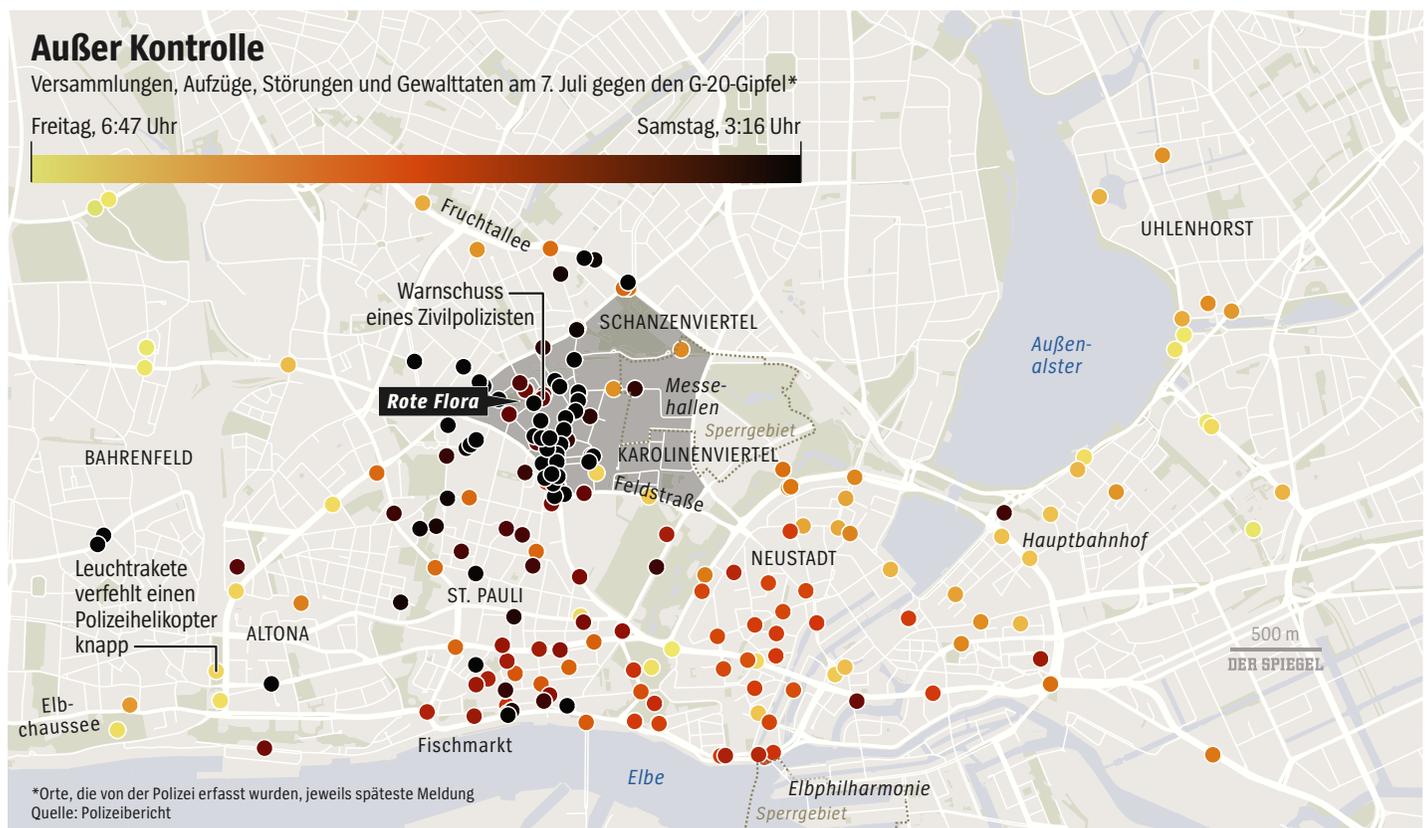
Der Haftrichter hat der jungen Frau zwei Jahre Gefängnis in Aussicht gestellt – aus „generalpräventiven“ Gründen, so der Haftbefehl. Also zur Abschreckung. Erst am Mittwochnachmittag kommt Beier frei. Ihr Anwalt holt sie ab. Er sagt: „Eine Erniedrigung und Willkür wie in der Woche des G 20 habe ich noch nicht erlebt.“

Wie Beier geht es vielen jungen Menschen, die in Hamburg demonstrieren wollten. Im Internet kursieren Videos von schweren Übergriffen der Polizei. Menschen, die bereits am Boden liegen, werden von Beamten in Kampfmontur getreten und mit Schlagstöcken verprügelt. Sitzblockaden treibt die Polizei mit Tränengas auseinander. Bis Donnerstag wurden 35 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten eingeleitet, in 27 Fällen wegen Körperverletzung im Amt.

Gegen 51 beschuldigte Aktivisten erwirkt die Staatsanwaltschaft Haftbefehl, überwiegend wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung oder Sachbeschädigung. Festgenommene berichten, sie hätten sich in der Gefangenensammelstelle komplett ausziehen und dann Kniebeugen machen müssen; Polizisten hätten ihren After untersucht.

Trotz des Gipfeldebakels sitzt Scholz noch fest im Sattel. Es gibt in der eigenen Partei keinen Widersacher, der ihm gefährlich werden könnte. Bereits am Wochenende hatten sich die SPD-Linken in Hamburg darauf verstan-

* Name geändert.





Haben Sie damals mehr erhalten als nur eine Notfallbehandlung?

Vor 1992 wurden Blut- bzw. Blutprodukte nicht routinemäßig auf Hepatitis-C-Viren untersucht. Ein Risiko, sich möglicherweise mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert zu haben, ohne es zu wissen.¹

Es spielt keine Rolle, wie Sie sich angesteckt haben, denn Hepatitis C ist heilbar.²

Wenden Sie sich an Ihren Arzt und besuchen Sie www.bist-du-chris.de

Bluttransfusionen vor 1992
Unsterile Tätowierungen oder Piercings
Ungeschützter Geschlechtsverkehr
Drogenkonsum
Blut-zu-Blut-Kontakte



Erschöpfte Sicherheitskräfte: „Die Risiken waren bekannt“

digt, den Bürgermeister trotz aller Verärgerung über dessen Auftritte zu unterstützen.

Der SPD-Landesvorstand stellt sich ebenso hinter den Bürgermeister wie die Bürgerschaftsfraktion. Die Entscheidung, den G-20-Gipfel in Hamburg abzuhalten, sei richtig gewesen, heißt es in der SPD-Spitze. Schuld an dem Debakel sei vor allem die Linkspartei, die sich nicht klar genug gegen Gewalt ausgesprochen habe. Einige Abgeordnete regen an, Scholz möge offensiv das Gespräch mit Menschen im Schanzenviertel suchen. Der lehnt ab.

Einen Untersuchungsausschuss muss Scholz nicht fürchten. Die SPD hat sich mit den Grünen auf einen harmloseren Sonderausschuss geeinigt. Der Koalitionspartner gibt sich zahm.

Nur aus Berlin kommen kritische Worte: „Es stellt sich die Frage, wer eigentlich dafür verantwortlich ist, dass zwei Stunden lang keine Polizisten im Schanzenviertel waren“, sagt Jürgen Trittin (Grüne). Es müsse eine Entscheidung gegeben haben, dass etwas anderes wichtiger war als die Bewohner im Schanzenviertel. „Darüber muss man reden.“ Nach den Vorkommnissen werde kein Bürgermeister mehr so einen Gipfel veranstalten wollen, sagt Trittin. „Man will ja nicht enden wie Olaf Scholz – als lebender Schutzschild vor der Kanzlerin und potenzieller Rücktrittsasspirant.“

Die Hamburger Grünen dagegen scheuen den Bruch mit Scholz. Und auch aus der Berliner Union muss Scholz keine Attacken fürchten. Die Debatte läuft auch so gut für CDU und CSU. Im CDU-Vorstand fordert Merkel ihre Partei auf, Scholz nicht zu attackieren.

Die Zurückhaltung hat für die Kanzlerin zwei Vorteile. Zum einen wirkt es staats-

männisch und überparteilich, dass sie sich an die Seite des Bürgermeisters stellt. Zum anderen verhindert es, dass die Frage laut wird, welchen Anteil Merkel an den Vorfällen hat. Immerhin war sie es, die Scholz angerufen hat, um ihm Hamburg als Austragungsort für den Gipfel vorzuschlagen. Daran erinnert auch Jörg Radek, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Die Risiken und Nebenwirkungen eines solchen Gipfels waren durch die Vorgängertreffen bekannt. Aus Gründen des politischen Marketings wurden diese ignoriert“, sagt er. „Hamburg sollte als Kulisse für die Großen und Mächtigen dienen. Doch die Szenen schrieben andere. Verletzt sind Polizisten, beschädigt ist die PR des Bundeskanzleramts.“

Statt Scholz zu attackieren, will die Union die SPD an einem anderen Punkt angreifen. „Wir müssen von linken Parteien eine genauso klare Distanzierung von den Gewalttättern fordern, wie wir uns von rechter Gewalt distanzieren“, sagte Innenminister Thomas de Maizière in der Vorstandsrunde. Damit war der Ton vorgegeben. Am schärfsten formulierte es der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jens Spahn: „Linksextremismus wird in Deutschland seit Jahren verharmlost. Linke und Teile von SPD und Grünen sind auf dem Auge völlig blind.“

Zwar wirft auch in der Union niemand den Sozialdemokraten ernsthaft ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt vor. An den Rändern von Grünen und Linken ist das aber nicht ganz so klar. Und weil noch immer viele SPD-Politiker von einer rot-rot-grünen Koalition nach der Bundestagswahl träumen, ist das für die Sozialdemokraten ein Problem.

Daher schaffte die SPD es nach den Ausschreitungen nicht, aus der Defensive zu

kommen. Als Erster versuchte Gabriel, die Debatte in Richtung Merkel zu lenken. Der Gipfel sei ein „totaler Fehlschlag“ gewesen, tobte er. Wer den Rücktritt von Scholz fordere, so Gabriel in einem Interview, „der muss auch den Rücktritt von Angela Merkel fordern“.

Doch anders als von Gabriel gehofft, ließ sich Merkel nicht aus der Reserve locken. Andere Unionspolitiker waren weniger zurückhaltend. Der Angriff von Gabriel sei „absurd und unangemessen“, sagte der bayerische Finanzminister Markus Söder. „Anstatt sich mit linken Kriminellen zu beschäftigen, wird gegen die Kanzlerin geholt.“ In der SPD breche gut zwei Monate vor der Bundestagswahl angesichts der umfragewerte Unruhe aus, spottete Söder. „Anders ist der Auftritt des Außenministers nicht zu erklären.“

Da hat Söder nicht unrecht. Gabriels Äußerungen zeigten vor allem, wie schwer sich Martin Schulz damit tut, eine Linie im Wahlkampf zu finden.

Nach den Ausschreitungen warnte Schulz zunächst davor, Hamburg für kleine „parteilpolitische Scharmützel“ zu nutzen. Er lobte auch Merkels Kanzleramtschef Peter Altmaier, der Scholz vor Angriffen aus der Hamburger CDU in Schutz genommen hatte. Dass diese Taktik der SPD nicht nutzte, wurde schnell offensichtlich. Am Montagabend verschärfte Schulz seinen Ton. Es sei beleidigend, wenn man einer Partei, die sich Hitler in den Weg gestellt habe, ein ungeklärtes Verhältnis zum Extremismus vorwerfe. „Wir brauchen da keine Belehrungen“, schimpfte der Kandidat.

Schulz hatte es nach dem Rücktritt Sigmar Gabriels als Parteichef abgelehnt, in die Regierung einzutreten. Er wollte unabhängig genug sein, um auch Merkel zu kritisieren. Nun muss er feststellen, dass das gar nicht so einfach ist. Seine Leute sagen, dass er sich die richtigen Attacken für die heiße Wahlkampfphase aufspare. Aber vielleicht ist es dann schon zu spät. Die Randaletage von Hamburg haben den Abwärtstrend der SPD verstärkt. Wenn die Partei bei der Bundestagswahl deutlich unter den 25,7 Prozent vom vergangenen Mal bleibt, dann muss Martin Schulz wohl den Parteivorsitz räumen. Olaf Scholz dürfte dann nicht mehr als Nachfolger im Gespräch sein.

Maik Baumgärtner, Sven Becker, Jörg Diehl, Hubert Gude, Frank Hornig, Martin Knobbe, Gunther Latsch, Roman Lehberger, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Andreas Ulrich, Wolf Wiedmann-Schmid



Video:
Im Schwarzen Block

spiegel.de/sp292017g20
oder in der App DER SPIEGEL

„Hier ist etwas“

Medien Neun Journalisten mussten draußen bleiben: Von ihnen ging angeblich eine Gefahr aus.

Am Freitag gegen 10.30 Uhr wollte der Fotograf Willi Effenberger in das G-20-Pressezentrum in den Hamburger Messehallen. Am Eingang scannte eine Polizistin seine Akkreditierung. Er sollte warten, sagte die Beamtin, hier sei „etwas“. Es dauerte ein paar Minuten, bis Effenberger eine Vorstellung davon bekam, was „etwas“ bedeuten könnte. „Ein sehr freundlicher Herr vom Bundeskriminalamt kam und sagte mir, es lägen Erkenntnisse vor, dass ich die Sicherheit des Gipfels gefährden könnte“, so erinnert sich Effenberger.

Noch während er über das Geschehene auf seiner Facebook-Seite berichtete, wurde weiteren Journalisten der Zugang verwehrt. Insgesamt neun Medienvertreter kamen nicht in das Pressezentrum, weitere 23 angemeldete Journalisten standen auf der schwarzen Liste, tauchten aber nicht mehr an der Messe auf.

Der Ausschluss traf insbesondere Fotografen, die teilweise für größere Medien und Agenturen wie Action Press oder SPIEGEL ONLINE tätig sind, aber auch Vertreter kleinerer Zeitungen und Blogs wurden zum Sicherheitsrisiko erklärt. Effenberger arbeitet für die linksradikale „Junge Welt“. Warum er auf der Liste des Bundeskriminalamts (BKA) landete, könne er sich nicht erklären, sagt er.

Das Vorgehen der Bundesregierung ist ungewöhnlich und, mindestens, ungeschickt. Dass Berichterstatter bei Großereignissen durchleuchtet werden, ist normal. Mehr als 5000 Journalisten hatten sich für den G-20-Gipfel angemeldet, nicht alle von ihnen sind Heilige. Was nicht normal ist: jemandem den Zugang zu ermöglichen und dann vor Ort zu sagen, nee, doch nicht.

Hätte das Bundespresseamt vor dem Gipfel die Akkreditierung verweigert, hätten die Betroffenen juristisch gegen die Entscheidung vorgehen können. So aber blieb ihnen nichts anderes übrig, als vom Messegelände abzuziehen.

Weil mehrere der betroffenen Journalisten in der Türkei schon mal Probleme mit den Behörden hatten, kam die Vermutung auf, der Ausschluss sei aufgrund Erdogans Einflussnahme erfolgt – was die Bundesregierung jedoch zurückweist: Nur Erkenntnisse deutscher Sicherheitsbehörden hätten den Ausschlag gegeben. So sollen die Namen einiger Journalisten wegen links-

radikaler Aktivitäten, mitunter auch Straftaten, in Extremistendateien von Polizei und Verfassungsschutz stehen. In einzelnen Fällen seien die Bedenken „gravierend“ gewesen, heißt es in Sicherheitskreisen.

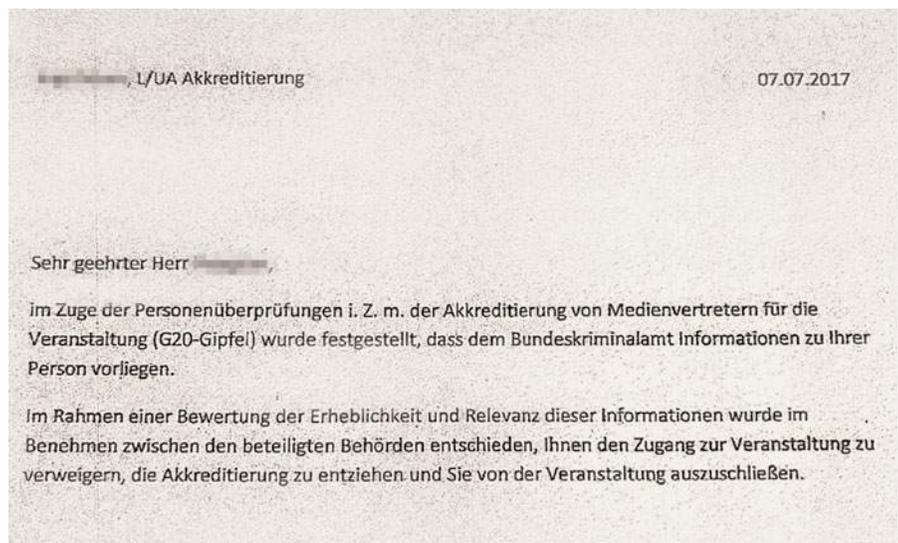
Trotz solcher Einträge waren die Journalisten jedoch zunächst nicht vom Gipfel ausgeschlossen worden. Erst als sich die Lage in Hamburg zuspitzte, kamen den Behörden und dem Bundespresseamt ernste Bedenken. Was, wenn einer der Journalisten in der Sicherheitszone zum Aktivist mutiert und einen Schuh auf einen Staatsgast wirft? Oder noch Schlimmeres macht?

Am Donnerstagabend entschied Merkmals Sprecher Steffen Seibert auf

nen Jahr hatte ihm das Bundespresseamt noch eine Dauerakkreditierung ausgestellt. Er fotografierte die britische Premierministerin Theresa May bei ihrem Besuch im Kanzleramt und war 2015 beim G-7-Gipfel auf Schloss Elmau. Ohne Probleme.

„Warum bin ich jetzt ein Sicherheitsrisiko?“, fragt er. Vom BKA habe er noch keine zufriedenstellende Begründung bekommen. Seine Vermutung: Es könnte mit einer Demo im Jahr 2011 zu tun haben, auf der er in den Verdacht geriet, einen Boller geworfen zu haben. Dabei habe es sich aber um eine Verwechslung gehandelt, sagt er, das Verfahren wurde eingestellt.

Alfred Denzinger hingegen hat eine gute Vorstellung davon, warum er auf



Auszug aus BKA-Schreiben: „Warum bin ich ein Sicherheitsrisiko?“

Anraten des BKA, auf Nummer sicher zu gehen. Und so passten Polizisten am nächsten Tag die angeblich gefährlichen Pressevertreter ab. Dabei hantierten sie so offen mit ihren schwarzen Listen, dass Fernsehkameras diese abfilmen konnten.

Ob der Ausschluss in allen Fällen gerechtfertigt war, müssen wohl die Gerichte klären. Der „Weser-Kurier“ hält die Entscheidung, einen seiner Fotografen auszuschließen, für rechtswidrig. Die Journalistengewerkschaft DJU hat ebenfalls Widerspruch eingelegt und geht davon aus, dass es eine Klage wegen der Vorkommnisse geben wird.

Auch der Fotograf Björn Kietzmann will feststellen lassen, dass sein Ausschluss rechtswidrig war. Im vergangen-

der schwarzen Liste gelandet ist. Der Aktivist und ehemalige Versicherungsmakler aus der Nähe von Stuttgart betreibt ein linkes Blog, die „Beobachter News“. Er weiß, dass er in einer Polizeidatenbank als „Straftäter linksmotiviert“ geführt wird. Der Grund sei ein Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch, das er sich vor Jahren bei einer Demo im Hof einer Kirche der Piusbrüder eingehandelt habe, später aber eingestellt worden sei. Vor Kurzem kam noch eine Geldstrafe von 500 Euro dazu, weil er „du Drecksack“ zu einem Polizisten gesagt haben soll, was er bestreitet.

„Ich bin nicht gefährlich“, sagt Denzinger. Den Ausschluss vom Gipfel bezeichnet er als „Realsatire“.

Martin U. Müller, Wolf Wiedmann-Schmidt



Linksradikaler Fischer (2. v. l.) 1973 in Frankfurt am Main: Personalifizierte Abkehr von der Gewaltbereitschaft

LUTZ KLEINHANS / FAZ

„Lasst es krachen“

Autonome In den vergangenen Jahren galt Linksextremismus als vergleichsweise harmloses Phänomen. Nach den G-20-Randalen ist die alte Frage, wie es die Linke mit der Gewalt hält, aktueller denn je.

Karl-Heinz Dellwo ist nicht unzufrieden mit dem Verlauf des G-20-Gipfels. Sicher, manche der Gewaltaktionen seien dumm, roh und brutal gewesen – und doch findet er es gut, „dass endlich etwas passiert“. Im „Ausnahmestandard der für Stunden untergegangenen Kontrollgesellschaft“, schreibt er, sei für die Aktivisten eine „verlorene Freiheit“ aufgetaucht.

Der 65-jährige Dellwo hatte schon früher kein Problem mit Gewalt. Er war Teil jenes RAF-Kommandos, das 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm überfiel und zwei Diplomaten erschoss; mehr als 20 Jahre lang saß er im Knast. Heute betreibt er auf dem seit einer Woche weltbekanntesten Schulterblatt im Schanzenviertel ein Szenelokal mit saftigen Preisen. Zudem leitet er den Laika-Verlag, der die „Bibliothek des Widerstands“ herausgibt.

In seinen Texten zu den Schanzenkrawallen rechtfertigt er diese nun auf ähnliche Weise, wie in den Siebzigerjahren die Aktionen der RAF gerechtfertigt wurden.

Die linke Szene, so Dellwo, sollte sich nicht von den Randalen distanzieren, die linke Szene sollte sich von der Welt distanzieren, die diese Krawalle hervorbringt. „Das Falsche im Aufbruch gehört dazu, wenn wir etwas ändern wollen.“ Wenn legale Mittel wie friedliche Demonstrationen oder Streiks nicht mehr wirksam sind, so die Logik seiner Texte, müsse man zu anderen Mitteln greifen: „Der Riot ist das Resultat einer gewaltsam hergestellten eindimensionalen Welt.“

Der Riot, den Dellwo feiert, erschütterte am Freitag vergangener Woche nicht nur die Bewohner der Hansestadt – die Bilder brennender Autos und Barrikaden gingen um die Welt. Plötzlich stellen sich alte Fragen neu: Waren es eher Krawalltouristen, die Hamburg ins Chaos stürzten, oder ein gut organisiertes Netzwerk aus Ideologen? Haben der deutsche Staat und seine Behörden die linksmotivierte Gewalt nicht ernst genug genommen, war Deutschland auf dem linken Auge also sehbehindert? Oder erleben wir dieser Tage eine über-

triebene, gar hysterische Debatte, in der „bürgerkriegsähnliche Zustände“ oder „linker Terror“ heraufbeschworen werden, wo in Wahrheit nur ein paar Hundert unpolitische Chaoten am Werk waren?

Dass ultralinke oder utopistische Gesellschaftsentwürfe mit Gewalt durchgesetzt werden sollen, ist gerade in Deutschland kein neues Phänomen. In der Weimarer Republik machten die Kampfverbände der Kommunisten die Straßen unsicher. Die Radikalen von rechts und links bekämpften die fragile Demokratie Weimars – wobei die Nazis am Ende obsiegten und die Linken zum Opfer ihrer Gewalt machten.

Weit lebendiger ist die Erinnerung vieler Deutscher an die Morde der Rote-Armee-Fraktion (RAF), die eine ähnliche Rechtfertigung der Gewalt für sich in Anspruch nahm, wie es radikale Globalisierungsgegner von heute tun: dass das kapitalistische System selbst eine Form roher Gewalt sei, der täglich weltweit Tausende Menschen zum Opfer fielen, zumindest indirekt durch Hunger und Kriege, weshalb der be-



Schwarzer Block bei Anti-G-8-Protesten in Rostock 2007: „Keine homogene Masse“

waffnete Widerstand nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu geboten sei. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ – auf diese Parole berufen sich heute nicht nur extreme Linke, sondern auch Rechte.

Es wird in diesen Tagen ohnehin viel verglichen zwischen Rechts- und Linksradikalismus. Die Vergleiche hinken insofern, als das Menschenbild, das hinter den Bewegungen steht, ein anderes ist. Ob es einem um die Durchsetzung einer faschistischen und rassistischen Gesellschaftsordnung geht oder um die Schaffung einer gerechteren Welt ohne Waffen und Kriege, ist sehr wohl ein Unterschied. Die Anwendung von Gewalt aber setzt beide Gruppierungen, so unterschiedlich sie sonst auch sein mögen, auf dasselbe Niveau, weil es für die Opfer keinen Unterschied ausmacht, ob ihr Eigentum oder gar ihr Leben nun für die Weltrevolution oder den Führerstaat erhalten muss. Deshalb darf es über die Legitimation politisch motivierter Gewalt keine zwei Meinungen geben.

Am Tag nach den Krawallen überboten sich die Spitzen von SPD und Grünen denn auch mit Worten der Abscheu. SPD-Chef Martin Schulz bezeichnete die Randalierer als „Mordbrenner“, Grünenchef Cem Özdemir sprach von „Kriminellen“. Den beiden kann man weiß Gott nicht vorwerfen, eine klammheimliche Sympathie für linke Kampfgruppen zu hegen. Man-

chen Vertretern der Linkspartei fiel die Distanzierung von den Randalierern hingegen deutlich schwerer.

Gewaltbereit und links zu sein, das schließe sich gegenseitig aus, erklärte Schulz sogar. Was für ihn und seine Sozialdemokraten zutreffen mag, wird in Teilen der außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnisse jedoch ganz anders gesehen. Laut Polizeistatistik liegt die registrierte Zahl linker Gewalttaten seit Jahren meist höher als die im rechten Milieu. Aber die Kriminalitätskurven verlaufen unterschiedlich: Die der Linken ist zackig, sie schwankt, und zuletzt, im Jahr 2016, zeigte sie wieder klar nach unten. Dagegen bewegt sich die Kurve der rechten Straftaten seit 2014 stetig nach oben. 2016 lag die Zahl rechts motivierter Delikte (1600) erstmals deutlich über derjenigen der linken (1200).

„Ich gehöre zu der Fraktion, die das nicht Gewalt nennt, sondern Widerstand“, sagt Aktivist Haß.

Im linken Milieu gibt es neben einer großen Zahl von Körperverletzungen oft auch Gewalt gegen Sachen: Brandstiftung, Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt – viele typische Demonstrationsdelikte also. Bei den Rechten liegt der Schwerpunkt noch deutlicher im Bereich Körperverletzung. In den vergangenen acht Jahren machten diese Angriffe auf Menschen stabil um die 80 Prozent der rechten Kriminalität aus.

Es dürfte kein Zufall sein, dass die Zahl der Brandstiftungen durch rechte Täter sich gerade 2015, im Hauptjahr der Flüchtlingskrise, fast verfünffacht hat. Wie die „Zeit“ vor einigen Jahren recherchierte, starben zwischen 1990 und 2012 in Deutschland mindestens 152 Personen durch rechts motivierte Täter. Dagegen sind dem linken Milieu gezielte Mordanschläge wie die der rechten Terrorgruppe NSU bei allem Hass auf die „Bullen“ und das „Schweinesystem“ eher fremd.

Auch in Hamburg gab es keine Toten, was angesichts der Brutalität, mit der die Radikalen vorgehen, allerdings einem glücklichen Zufall geschuldet war. Im Vergleich zu ähnlichen Mobilisierungen der Szene habe in Hamburg „das Aggressionspotenzial und die Bereitschaft der vorsätzlichen Gefährdung von Leben eine neue Dimension erreicht“, heißt es im vertraulichen Lagebericht des Innenministeriums.

Fest steht, dass das Gros der mehr als 10 000 Demonstranten zum friedlichen Pro-

test angereist war und Gewalt als Mittel der Politik ablehnt. Die Behauptung aber, dass alle, die randalierten, völlig unpolitisch unterwegs seien und mit linkem Gedankengut ähnlich wenig am Hut hätten wie kloppende Hooligans mit dem Fußball, ist empirisch kaum zu halten.

Es war nicht die Generation Karl-Heinz Dellwo, die in Hamburg auf die Barrikaden ging – oder besser: sie errichtete. Aber Apo-Rentner wie der 70-jährige Peter Haß aus dem Schanzenviertel haben Verständnis für den radikalen Nachwuchs. Haß war schon bei den Schlachten um das Atomkraftwerk Brokdorf dabei, er hat für den Erhalt der Hamburger Hafensstraße gekämpft und zählt bis heute zum Umfeld der Roten Flora. Er vertritt die Auffassung vieler Ultralinken: dass mancher politische Erfolg ohne die Bereitschaft zur Gewalt nicht hätte errungen werden können. Dass es ohne den massiven Widerstand gegen Atomkraftwerke nie zum Ausstieg gekommen wäre. „Ich gehöre zu der Fraktion, die das nicht Gewalt nennt, sondern Widerstand“, sagt Haß. Wichtig ist ihm, dass die eigenen Aktionen ein politisches Ziel verfolgen, eines, das einen „breiten Widerhall“ in der Bevölkerung findet. „Stoppt G20“ war so ein Ziel für ihn.

Dieses Motto teilen die Aktivisten der Interventionistischen Linken (IL), die zwar zu friedlichen Demonstrationen aufriefen, zugleich aber Gewaltbereite wie die Vermummten des „Schwarzen Blocks“ in ihr „Aktions-Bündnis“ integrierten. Viele von ihnen stammten zudem aus anderen europäischen Ländern, die ultralinke Szene ist heute weit internationaler als ihre Vorgänger. Richtete sich die Wut vieler 68er noch vor allem gegen das angeblich mit Nazis durchsetzte „Schweinesystem“ der Bundesrepublik, findet man nun unter dem vergleichsweise diffusen Schirm der Globalisierungskritik zusammen.

Was viele verbindet, ist die Rechtfertigung von Gewalt als legitimes Mittel. Sina Meier, eine junge Frau mit freundlichem Gesicht und fränkischem Akzent, die soziale Arbeit in Bayern studiert, wertet die Gipfelproteste als vollen Erfolg. Selbst dass es am Freitagabend so eskalierte, findet sie „in Ordnung“. Es habe sie „gefremdet“, dass die Bullen für drei Stunden aus der Schanze gejagt wurden.

Meier, die in Wirklichkeit anders heißt, ist in der IL aktiv, die der Hamburger Verfassungsschutz für „gewaltorientiert“ hält. Meier erzählt, sie selbst habe sich nicht mal getraut, eine Polizeikette zu durchbrechen. „Wie gelähmt“ stand sie rum, weil sie „krass Angst vor der Polizei“ hatte. Aber die Straftaten der anderen billigen, das tut sie schon. Die Leute hätten „so viel eingesteckt“ bei den Protestcamps und den Demos, da seien die Krawalle in der Nacht



Roter Frontkämpferbund in Berlin 1926: Intime Beziehung zur Gewalt



Mairandale in Berlin-Kreuzberg 1987: Angestaute Wut entlädt sich in einem guten Wurf

doch eher eine Reaktion auf das Verhalten der Polizei gewesen. Und beim Hass auf die Polizei fühle sich eben ein Riesenspektrum an Leuten angesprochen.

Leid tue es ihr um die Leute, die ewig auf ihren BMW gespart haben, der jetzt im Zweifel ausgebrannt an irgendeiner Straßenecke stehe. „Ich bin gar nicht gegen Luxus, sondern für Luxus für alle.“ Und Plünderungen seien doch auch nichts anderes als symbolische Enteignungen. Polizisten anzugreifen sei in manchen Situationen ebenfalls legitim. Niemand müsse Polizist werden, so simpel sei das für sie. „Auch als Polizist kann man seinen Knüppel und seinen Helm ablegen und sagen: Da mach ich jetzt nicht mehr mit.“

Die Verantwortung für die Aktivistengewalt von Hamburg tragen die Radikalen

des Schwarzen Blocks, zu dem auch der Mittdreißiger Christian Huber zählt, der seinen wahren Namen ebenfalls nicht in der Zeitung lesen möchte, weil ihn die Polizei auf keinen Fall identifizieren soll.

„Was heißt das schon, Schwarzer Block?“, fragt Huber. „Wir sind doch keine homogene Masse.“ Die schwarzen Klamotten seien lediglich ein Schutzmechanismus, um nicht von der Polizei erkannt und rausgezogen zu werden. Eine einheitliche Ideologie gebe es nicht. Man treffe sich zu einzelnen Aktionen und wisse manchmal gar nicht so genau, wofür oder wogegen die anderen gerade seien. Politische Diskussionen führe man innerhalb der Bezugsgruppe, Gruppen von drei bis acht Leuten, die sich gegenseitig vertrauen und während Demos aufeinander aufpassen.

Während der G-20-Proteste war er selbst an keiner Aktion beteiligt, er hat Hunderte Demonstranten bekocht und mit Essen beliefert. „Das waren nicht nur politisierte Demonstrantinnen“, sagt er über die Randalierer, sondern auch Leute, die „aus ihrer Ohnmacht entfliehen“ wollten. „Sonst hätten sie nicht den kleinen Käseladen in der Schanze angegriffen und Budni von innen angezündet.“ Menschenleben zu riskieren sei einfach nur bescheuert.

Es gebe Parallelen zu Mustern von rechten Gewalttätern, sagt Klaus Wahl, der lange am Deutschen Jugendinstitut über die Entstehung von Aggression forschte. Unter ihnen seien viele, die bereits in ihrer Kindheit überdurchschnittlich aggressiv waren oder ein schwieriges Verhältnis zu ihrer sozialen Umwelt hatten. „Die politische Anschauung legt sich dann später, in der Regel ab der Pubertät, über dieses Verhaltensmuster.“ Sie liefere im Nachhinein gewissermaßen eine subjektive Rechtfertigung für die eigene Verhaltensauffälligkeit. So gehe die Gewaltbereitschaft der Politisierung in vielen Fällen voraus. „Die meisten radikalisierten sich nicht wegen politischer Umstände, sie waren schon vorher aggressiv oder delinquent.“ Der Anschluss an links- oder rechtsextremistische Cliquen erfolge oft sogar zufällig über Freunde oder „Peergroups“.

Das Gefühl, Steine schleißeln zu wollen, kennt auch Christian Huber. Wenn die Polizei andere Menschen umbringe, misshandle oder abschiebe oder man selbst niedergeknüppelt werde, dann mache das ganz schön wütend. Diese angestaute Wut entlade sich in einem guten Wurf. Dass das im Kampf gegen den Kapitalismus in der Regel nichts bringt, weiß er selbst. „Jedes kaputte Auto kurbelt doch nur die Produktion an.“ Außerdem bringe man in der Regel die Bevölkerung gegen sich auf.

Trotzdem müsse man manchmal von „legitimen staatlichen Instrumenten wie Petitionen und Demonstrationen“ abweichen, die seien so angelegt, dass sie doch nur das System erhielten. Huber will das System überwinden. Deshalb seien Sabotageakte manchmal legitim: Anschläge auf umweltzerstörende Industrie zum Beispiel oder auf Polizeiwagen, um „die Repressionsorgane zu schwächen“. Dann müsste ein Bekenntnisschreiben die Aktion im Nachhinein aber auch bitte erklären.

Huber bevorzugt Aktionsformen, bei denen niemand verletzt werden kann, da will er auf keinen Fall falsch verstanden werden: eigene neue Strukturen bilden, in Kommunen und Hausprojekten, das ist für ihn sinnvolle autonome politische Arbeit. „Alles andere ist Symptombekämpfung.“

Historisch betrachtet, hat die politische Linke eine lange und intime Beziehung zur Gewalt. Gleich die erste linke Regierung der Weltgeschichte, der Wohlfahrtsaus-

schuss der französischen Jakobiner unter Maximilien de Robespierre, errichtete zwischen 1793 und 1794 eine blutige Terrorherrschaft. Einige Zehntausend Menschen wurden während des Großen Terrors hingerichtet, die Guillotine ist bis heute Symbol für den Schrecken, in dem revolutionäre Träume enden können. Auch die Geschichte des Kommunismus ist eine Geschichte der entgrenzten Gewalt. Davon erzählen die Millionen Toten, mit denen sich Stalin an der Macht hielt, die Opfer von Maos Kulturrevolution in China oder die Gräueltaten der Roten Khmer in Kambodscha.

Nun führen keine geraden Linien aus dem revolutionären Paris oder dem maoistischen Peking ins Hamburg des vergangenen Wochenendes. Nicht mal aus der Weimarer Republik – auch wenn man sich unter den Linken der Hansestadt gern auf das rote Hamburg der Zwanzigerjahre beruft, wo der kommunistische Aufstand von 1923 unter Ernst Thälmann stattfand.

Doch die Gewalt, die die Weimarer Republik erschütterte, erscheint heute ebenso undenkbar wie der organisierte Terror der RAF. Es gibt auch keine breite linke Bewegung mehr wie damals, als der Generationenkonflikt zwischen der Nazigeneration und ihren Kindern, der Kampf gegen den Vietnamkrieg und der Wunsch, die Bundesrepublik radikal zu verändern, ein Milieu schufen, in dem sich auch eine Stadtguerilla für eine Weile bewegen und verstecken konnte.

Hinzu kommt: Wer heute als radikaler Linker „internationale Solidarität“ fordert, hat keinen natürlichen Ansprechpartner mehr. Die Volksrepublik China? Ist heute ein Musterland des autoritären Kapitalismus. Fidel Castro? Tot, und Kuba praktisch am Ende. Die Hamburger Bilder mögen anders aussehen: Aber die radikale Linke ist zumindest in Deutschland politisch machtlos, kulturell ohne wirklichen Einfluss und zahlenmäßig nicht besonders groß. Sogar ihren Optimismus musste sie aufgeben, die Sicherheit, historisch auf der richtigen Seite zu stehen. Zukunft wird im Finanzkapitalismus an der Börse gehandelt. Möglicherweise rührt daher ihre Verlorenheit, die den Nihilismus

**Es ist unredlich,
SPD und Grünen
Toleranz gegenüber
gewaltbereiten
Linken vorzuwerfen.**

der militanten Linken der Gegenwart befördert.

Wenn sie Sprengkraft entfaltet wie in Hamburg, dann im Verbund mit radikalen Kollegen aus Europa, vor allem aus Griechenland, Frankreich und Italien. Die heutige globalisierte autonome Szene hat eine Wurzel in der Autonomia-Operaia-Bewegung Italiens in den Siebziger. Die italienischen Autonomen lehnten den organisierten Parteikommunismus genauso ab wie die Vorstellung, für ein fernes historisches Ziel zu kämpfen. Befreiung jetzt und nicht später, lautete die Devise.

Als mit dem Zusammenbruch des Ostblocks die Globalisierung an Fahrt gewann, wurde der Kampf dagegen zum gemeinsamen Ziel. 1999 kam es beim Treffen der Welthandelsorganisation in Seattle zu den ersten großen Krawallen zwischen Globalisierungsgegnern und der Polizei. Am Rand des G-8-Gipfels von Genua im Juli 2001 starb dann der Demonstrant Carlo Giuliani durch Schüsse eines Polizisten. Giuliani wurde zum ersten Gefallenen der Bewegung und so zu einer Art Märtyrer. Für die Antiglobalisierungsbewegung hatte sein Tod eine ähnlich radikalisierte Wirkung wie der Tod Benno Ohnesorgs für Teile der deutschen Linken in den Sechziger- und Siebzigerjahren. Das Foto des verblutenden Giuliani auf dem Asphalt von Genua ging um die Welt – wie einst das Bild des sterbenden Ohnesorg in Berlin. Auch in Hamburg trugen Aktivisten Transparente mit sich, auf denen „Carlo Giuliani – never forget“ stand oder „Carlo vive“.

„Carlo lebt nicht fort, er ist tot“, sagt dessen Mutter kurz nach dem Hamburger Gipfel. Aber es freue sie doch, dass die Erinnerung an ihren Sohn so wach sei. Die 73-jährige Haidi Giuliani ist selbst nach Hamburg gereist. „Ich bin nicht einverstanden mit den Ausschreitungen des internationalen Schwarzen Blocks“, sagt sie, die über den Tod ihres Sohnes erst fast verückt, dann politisch aktiv und später eine bekannte Senatorin im römischen Parlament wurde. „Aber ich kann die jungen Leute verstehen. Ihre Wut. Weil sie, anders als wir, nicht mehr das bekommen, was ihnen zusteht: Bildung, Glück, Zukunft, eine Perspektive – nichts von alledem.“

Sie selbst marschierte nicht mit, dafür sei sie zu alt. Aber sie kam als Cassandra, als friedvolle Warnerin, sie sah den Rauch, den Tumult, die Einsatzwagen aus sicherer Entfernung von ihrem Hotelzimmer am Hamburger Hauptbahnhof aus. Sie wollte erinnern an Carletto, ihren einzigen Sohn. Und daran, dass niemand für seinen Tod zur Verantwortung gezogen wurde, niemand zurücktrat, geschweige denn bestraft wurde, und dass sich nichts verändert habe von den Zuständen, gegen die ihr Sohn damals gekämpft habe: Armut, Kriege, Ressourcenvergeudung, Erderwärmung –



YANNIS KONTOS / GAMMA / STUDIO X

Getöteter Aktivist Giuliani 2001 in Genua: Eine Art Märtyrer

alles sei schlimmer geworden seit seinem tragischen Tod.

Mit diesem Vorwurf an die Politik, auch an die deutsche, hat Haidi Giuliani gewiss nicht Unrecht. Ein anderer Vorwurf dieser Tage lautet, dass linke Gewalt von den relevanten linken Parteien in Deutschland geduldet oder gar gefördert werde. Er wird in Zeiten des anschwellenden Wahlkampfes von der AfD oder Teilen der Union erhoben.

Die einstige Familienministerin Kristina Schröder (CDU) klagte, dass ihre SPD-Nachfolgerin Manuela Schwesig ein von ihr initiiertes Programm gegen Linksextremismus gestrichen habe. Das Familienministerium erklärte dagegen, dass die Mittel zur Prävention gegen linke Gewalt für die Zeit zwischen 2015 und 2019 auf 5,3 Millionen Euro erhöht worden seien.

Allerdings scheint die demokratische Überzeugungsarbeit im militanten linken Milieu deutlich schwieriger zu sein als im rechten Dunkelfeld. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung kam 2012 zu dem Befund: „Ob man beispielsweise in der linksextremen Szene mit Aussteigerprogrammen einen ähnlichen Erfolg erreichen kann wie in der rechtsextremen Szene, scheint allein schon aufgrund der unterschiedlichen Gesprächsbereitschaft der Akteure mit zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Organisationen zweifelhaft.“

Es ist unredlich, zumindest SPD und Grünen Toleranz gegenüber der gewaltbereiten Linken vorzuwerfen. Gerade bei den Grünen ist das Problembewusstsein vor dem Hintergrund der eigenen Anfänge groß. „Wer sagt, eine aus dem Ruder laufende Demo hat absolut nichts mit linker Politik zu tun, macht es sich zu einfach“, sagt Sven Giegold, der für die Grünen im

Europaparlament sitzt und die globalisierungskritische Attac-Bewegung in Deutschland mitgegründet hat: „So mancher G-20-Randalierer wird sich auf das berufen haben, was er für links hält.“ Damit müssten sich Nichtregierungsorganisationen und Parteien aus dem linken Spektrum auseinandersetzen, fordert Giegold.

Wie die Mitglieder keiner anderen Partei haben viele Grüne lange mit der Frage gerungen, inwieweit Gewalt Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf. Ihre bis heute prominentesten Mitglieder, Joscha Fischer und Jürgen Trittin, personifizieren die Abkehr von der Gewaltbereitschaft wie sonst kaum jemand in Deutschland.

Ende der Siebzigerjahre war Trittin Mitglied im Kommunistischen Bund, bewegte sich im Umfeld der Göttinger K-Gruppen, besetzte Häuser. Als er 20 Jahre später Bundesumweltminister wurde, musste er hundertfach erklären, dass die radikalen Zeiten hinter ihm lägen, ähnlich wie Fischer. Auch Fischer verfolgte als Außenminister seine Vergangenheit als Steinschmeißer. „Ja, ich war militant“, gab er damals öffentlich zu.

Als die Demos in Krawalle umschlugen, flüchtete sich die Linkspartei in halb gare Distanzierungen.

„Ich wüsste nicht, warum gerade wir Grünen jetzt erklären sollten, dass wir gegen Gewalt sind“, sagt Trittin heute. Seine Partei sei das schließlich schon immer gewesen und genau aus diesem Grund entstanden. Ende der Siebzigerjahre habe es „überaus brutale Polizeieinsätze“ gegeben, die Auseinandersetzungen hätten sich immer mehr hochgeschaukelt. „Ein Gründungsimpuls der Grünen war die Abkehr davon, gegen die Spirale der Militanz, es war gerade der Bruch mit der militärischen Logik“, so Trittin.

Bei der Partei Die Linke ist dieser Bruch nicht ganz so deutlich zu erkennen. Zwar erklärte Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht nach den Ausschreitungen am Rande des G-20-Gipfels: „Durchgeknallte Randalierer, die Anwohner angreifen, Autos anzünden und Polizisten verletzen, sind keine Linken, sondern kriminelle Gewalttäter.“ Doch damit macht sie es sich zu einfach.

Denn auch auf der vom Linkspartei-Politiker Jan van Aken angemeldeten und von Parteichefin Katja Kipping angeführten Abschlussdemo „Grenzenlose Solidarität statt G 20“ marschierte zunächst ungestört ein verummelter Schwarzer Block mit. Auch im Nachhinein wollte sich van Aken nicht von den Autonomen distanzieren.

Der Flirt mit den Autonomen hat bei der Linken Tradition. Auch bei den Blockupy-Demos gegen die Europäische Zentralbank 2015 gehörten Politiker der Partei zu den Organisatoren. Nachdem die Demos in Krawalle umgeschlagen waren, flüchtete sich die Linke in halb gare Distanzierungen und machte die Polizei für die Eskalation verantwortlich.

Wenn die Partei sich glaubwürdig von jeglicher Gewalt abgrenzen wollte, bliebe ihr nur eines: den Schwarzen Block bei der nächsten von ihr mitorganisierten Demo auszuschließen.

Das aber würde die Parteijugend Solid verprellen, die enge Kontakte zu Linksauntonomen pflegt und auch deshalb vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Für ihre Mitglieder hat die Nachwuchsorganisation, als kleinen Service sozusagen, ein paar Parolen auf ihrer Homepage veröffentlicht, die auf den Demos skandiert werden könnten: „Kein Gott, kein Staat, kein Vaterland – Schwarz, Rot, Gold wird abgebrannt!“, stand da etwa. „Lasst es krachen, lasst es knallen, Deutschland in den Rücken fallen“. Oder auch: „BRD, Bullenstaat – wir haben dich zum Kotzen satt!“

Abgesehen davon, dass sich Staat nicht auf satt reimt: Spätestens nach dieser Lektüre dürfte die gewaltbereite linke Szene wissen, wer ihre Freunde sind.

Melanie Amann, Laura Backes, Tobias Becker, Fiona Ehlers, Markus Feldenkirchen, Moritz Gerlach, Ann-Katrin Müller, Tobias Rapp, Katja Thimm, Claudia Voigt



TV-Aufnahme vom Schulterblatt in Hamburg: „Lockere Stimmung“

Das bin ich!

Protokoll Ein Mann steht auf einem Gerüst, Spezialkräfte holen ihn herunter, zweieinhalb Tage lang wird er festgehalten. Hier erzählt er seine Sicht auf die Krawalle und die Zeit danach.

Was sind das für Menschen, die auf ein Gerüst oder ein Dach klettern und von dort oben die Krawalle beobachten? Oder gar befeuern? Warum waren sie überhaupt in jener Nacht am Schulterblatt in Hamburg? Die Bilder gingen um die Welt, Zeitungen druckten sie, TV-Sender zeigten sie. Einer von denen, die auf diesen Aufnahmen zu sehen sind, meldete sich beim SPIEGEL. „Hallo, ich bin dieser Mann“, so begann er seine E-Mail an die Redaktion, angehängt hatte er das Foto, das oben auf dieser Seite zu sehen ist. Der Absender heißt **Tobias Marquardt**, ist 30 Jahre alt und wohnt im Harz. Er wollte berichten, was er dort gemacht habe, wie er festgenommen worden und was dann passiert sei; er habe sich nichts zuschulden kommen lassen. Die Redaktion suchte den Mann auf, hinterfragte seine Schilderung und glich sie mit anderen Berichten aus dieser Nacht ab. Hier erzählt er seine Sicht auf die Stunden am Schulterblatt und alles, was danach kam:

Ich bin nach Hamburg gefahren, um an den Ausschreitungen teilzunehmen. Das wusste ich nicht. Bis jetzt dachte ich, ich wäre nach Hamburg gereist, um mein Demonstrationsrecht wahrzunehmen. Artikel 2, 5, 8, 11 GG und hinter welchen Grundrechten man sich noch so verstecken könnte, um seine wahren Absichten zu verbergen: Endlich mal die Sau rauslassen, so zumindest der Vorwurf der Polizei.

Eigentlich wollte ich etwas ganz anderes: mir ein eigenes Bild von den Demonstra-

tionen und den Polizeieinsätzen rund um den G-20-Gipfel machen. Wird die Polizei wirklich grundlos angegriffen, wie sie selbst angibt? Oder ist ausschließlich die Polizei für die Eskalationen verantwortlich, wie die Demo-Organisatoren behaupten? Du wirst es nie erfahren, wenn du nicht dabei warst, du wirst nur einen gewerteten Artikel im SPIEGEL lesen können. Was aber ist die Wahrheit?

Und berechtigt mich der Wunsch nach eigener Wahrheitsfindung, eigener politischer Bildung und der eigenen Auswahl an politischem Protest dazu, friedlich am Rande die derzeitige Situation zu beobachten? Nein, sagt die Polizei, ich hätte gar nicht erst anreisen dürfen. Ja, sagen die Demonstrationsveranstalter, Protest ist Bürgerrecht. Nein, sagen manche Journalisten, das ist Gaffen, gewaltgeiles Gestarre und Bejubeln von Verbrechen. Ja, sage ich.

Zuerst wollten mein Freund Patrick* und ich allerdings etwas anderes beobachten: ein Konzert im Rahmen der Veranstaltung „Fußball gegen G20“ am St.-Pauli-Stadion. Und das beantwortet schon die Frage, wie ich auf der Sternschanze landete: Es war kein Durchkommen. Welchen Weg Google Maps auch ausspuckte, überall stand die Polizei bereit mit Straßensperren. Die anwesenden Beamten wussten natürlich nicht, welche Straßen gesperrt sind, wie lange noch und wie man zu genehmigten Veranstaltungen kommt. Woher auch,

* Namen geändert.

sie kommen nicht aus Hamburg. Und auch das erfährt man nur, wenn man einen der wenigen gesprächsbereiten Beamten trifft, der einen nicht wortlos wegschickt. Also geht man da lang, wo man noch langkommt, und landet auf der Sternschanze.

Dort kam uns plötzlich eine Demo entgegen, die Polizei versperrte erneut eine Zugangsstraße mit Wasserwerfern. Hier ging es nicht weiter. Was wir jetzt getan haben, kann man rumstehen nennen oder „cornern“, wie die G-20-Gegner, oder gaffen, wie die Presse, oder „an Ausschreitungen teilnehmen“, wie die Polizei es nennt.

In jedem Fall blieben wir stehen und beobachteten. Und machten Fotos, Videos, tranken Alkohol, spielten Ball, lernten neue Leute kennen, hörten Musik und beschimpften Flaschenwerfer, denen wir auch die Munition zerstörten. Warten darauf, was passiert.

Es passierte nichts. Die Polizei bewegte sich nicht, natürlich wollte die Demo nicht weg, natürlich wollten die Zuschauer nicht ins Bett, Patt. Ein paar Flaschenwürfe, ein bisschen Einsatz der Wasserwerfer, ein paar Ausfälle von Polizisten. Der Döner an der Ecke wurde mal gesperrt, mal freigegeben. Auf dem Schulterblatt nutzten einige die Ruhe, um Straßenschlachten vorzubereiten. In diese Richtung rückte auch die Polizei vor, da es dort bereits brannte. Nun hatte man die Wahl: von der Polizei überrennen lassen oder zurückweichen ins Schulterblatt, in dem bereits der Rewe ge-



STEFAN SOBOTA / DER SPIEGEL

Beobachter Marquardt: „Was aber ist die Wahrheit?“

plündert wurde. Ich habe mich offensichtlich für keine gute Idee entschieden, als ich das Baugerüst am Schulterblatt betrat.

Von dort oben hatte man einen Überblick, wie es unten auf der Straße aussah, wo es brannte, was die Polizei als Nächstes machte. Wie auf einem Balkon der Anwohnerhäuser, die gesäumt waren von Menschen. Hätte ich dort klingeln sollen, um von dort zu gaffen? Oder waren diese auch auf die Balkons getreten, um an den Ausschreitungen teilzunehmen?

Auf dem Gerüst herrschte lockere Stimmung, alle waren nach eigenen Angaben als Beobachter dort, niemand hat von hier oben etwas geworfen. Ich hätte ihn gefilmt. In den obersten Etagen standen Blumentöpfe auf dem Gerüst, die hatte ein Anwohner vor sein Fenster gestellt, um das hässliche Gerüst zu schmücken. Als ich Stunden später abgeführt wurde, standen diese noch dort, sie waren nicht mal umgekippt. Niemand hat sie geworfen.

Zumindest von oben nicht, das ergeben die Aufnahmen. Vom Nachbardach wurden Dinge geworfen, auf der Straße auch. Die Polizei befürchtete aber von diesem Gerüst einen Hinterhalt und wollte nicht vorrücken, bevor nicht Spezialkräfte das Haus gesichert hatten. Deswegen wurde überhaupt geräumt, anstatt einfach daran vorbeizugehen, weiterzuziehen aus meinem Blickfeld. Das konnte ich nicht wissen, deswegen blieb ich dort oben, in der Überzeugung, dass die Straße unten irgendwann leer sein würde. Schlechte Idee. Ir-

gendwann war es zu spät, das Gerüst zu verlassen. Dann kamen die Spezialkräfte mich holen.

Vier Stunden lang standen wir mit auf dem Rücken gefesselten Händen an der Wand. Zuerst im Haus, später in einer Polizeistation. Es kam zu interessanten Gesprächen mit den anderen Gefangenen. Einer war DJ, einer war minderjährig, vier kamen aus Russland. Sie erzählten mir ihre Lebensgeschichte, aber alle wollen nur geguckt haben. Hatte keiner etwas geworfen, oder waren alle nur zu feige, es zuzugeben?

Bis zum Schluss traf ich niemanden, der mit seinen Taten geprahlt hat, nicht bei den Festnahmen, nicht in der Gefangenen-sammelstelle, der GeSa, nicht im Polizeiwagen, nicht in der JVA. Weil meinem persönlichen Aufpasser, Anfang dreißig, harter Blick und Vollbart, mein ständiges Gequatsche mit meinen Nachbarn auf

Sie wussten nicht, was wir getan hatten, ob wir Gaffer oder Polizistenmörder waren, sie lebten in Angst.

die Nerven ging, machte er die Kabelbinder noch einmal enger, so weit es eben ging.

Gespräche mit diesen Beamten machten keinen Spaß, weil sie in jedem Satz erwähnten: „Ja, IHR brennt ja gerade Hamburg nieder“ und „Ja, IHR habt ja randaliert“. Ich kann es ihnen nicht verdenken. Sie wussten nicht, was wir getan hatten, ob wir Gaffer oder Polizistenmörder waren, sie lebten den ganzen Tag in Angst. Dagegen sind ein paar Oberarmschmerzen wohl erträglich.

Stunden später ging es in die Gefangenen-sammelstelle. Wer denkt, auf dem Schulterblatt herrschte Chaos, der irrt. Hier herrschte der Wahnsinn. Hunderte Polizisten wuselten herum. Alles wurde entweder dreimal oder gar nicht getan. Ständig fragten sich die Mitarbeiter untereinander: „Hast du ...?“, „Wo ist denn ...?“, „Weißt du ...?“ Und das lag nicht an der unerträglichen Masse von Gefangenen, wir waren 13, die gerade eingeliefert wurden. Vor uns und nach uns kam eine Weile nichts.

Die meisten von uns hatten eine Einzelzelle, eine Tür, eine Bank, eine Klingel. Toilette, Versorgung, Anwalt sprechen, Arzt, Fragen? Bitte klingeln. Erst mal gab es Wasser. Etwas zu essen brachte der nächste Mitarbeiter. Wasa-Knäckebrot, pur. Die Decke der nächste. Zur Toilette, zum Arzt, zum Rechtsanwalt und überall sonst hin wurde man zu zweit eskortiert. Immer von anderen. Postpolizisten und ich, das Paket.

Je nachdem, wie derjenige Lust hatte, entweder in Handschellen, im Polizeigriff,

am Handgelenk oder einfach locker nebenhergehend. Was sollte ich denn machen? Weglaufen? Wäre bei Hunderten Polizisten in einem abgesperrten Gebäude eine gute Idee gewesen.

Ansonsten: warten. Immer warten. Und irgendwann abwägen, ob man überhaupt klingelt, weil sie einem irgendwann leidtaten. Die machten das ja nicht absichtlich, aber niemand wusste von irgendwas. Und sie waren fast alle sehr, sehr freundlich und bemüht, aber völlig überfordert. Für alles gab es Listen und Vorschriften. Alles musste irgendwo eingetragen und dann übertragen werden.

Ein Arzt stellte Blutergüsse in den Oberarmen aufgrund Dauerüberdehnung fest. Einen Rechtsanwalt konnte ich erst viele Stunden nach meiner Verhaftung kontaktieren. Wann genau? Es gab keine Uhr. Es kamen dann gleich zwei Rechtsanwälte, die nichts voneinander wussten. Vertreten vor Gericht hat mich dann ein dritter. Offensichtlich gab es also auch bei den Demo-Anwälten ein bisschen Chaos.

Was mir vorgeworfen wurde, erfuhr ich erst am späten Nachmittag, als mir eine Kopie eines Antrags an das Amtsgericht ausgehändigt wurde. Der Inhalt war hanebüchen. Ich sei nach Hamburg gekommen, um unter anderem an den Ausschreitungen teilzunehmen. Nicht an den angemeldeten Demonstrationen und Protestaktionen, sondern an den Ausschreitungen. Da ich höchstwahrscheinlich auf dem Gerüst Straftaten gegen Leib und Leben von Polizisten durchgeführt hätte und es voraussichtlich weiterhin tun würde, sei eine Gewahrsamnahme bis Montagfrüh 8 Uhr notwendig.

Ein Standardtext, der fast gar keine Informationen über mich enthielt. Was habe ich getan, außer anwesend zu sein? Das konnte vor Gericht nicht standhalten.

Dem Haftrichter vorgeführt wurde ich um 23.40 Uhr. 20 Minuten später und ich hätte freigelassen werden müssen, da eine Gewahrsamnahme nur bis zum Ablauf des folgenden Tages zulässig wäre. Begleitet wurde ich mal wieder von zwei Postpolizisten, ich diesmal in Handschellen, und einem Vertreter des antragstellenden Ministeriums, in Hamburg die Sportbehörde.

Auftritt Richter. In der Verfilmung meines Lebens müsste ihn Christoph Waltz spielen. Hamburgs Bildungselite, ein sehr freundliches Lächeln, ein zuvorkommendes Auftreten, ein wahnsinnig sympathischer Mensch. Auf den ersten Blick. Meine Ausführungen, warum ich dieses Gerüst betrat, wischte er in der Sekunde, als ich fertig war, sofort mit „Schutzbehauptungen“ beiseite. In seiner Entscheidung verkürzte er dieses später auf „wollte sich geografisch orientieren“ und kommentierte „lebensfremd, hätte einen anwesenden Polizisten nach dem Weg fragen können“.



Sammelstelle für Gefangene in Hamburg-Harburg: „Und wir warteten auf die Entscheidung“

Lukas*, den ich vorher kennengelernt hatte, hatte das gemacht. Ihm wurde dafür die Schulter ausgekugelt, Patrick wurde ins Gesicht geschlagen. Überhaupt, die Idee, dass die ortsfremden Straßenpolizisten neben den Wasserwerfern auf der Sternschanze, während es brennt und der Rewe geplündert wird, besonders auskunftsfreudig sind, ist natürlich so gar nicht lebensfremd.

Dann begann er, mir die wirklich wichtigen Fragen zu stellen: Familienstand? Anzahl Kinder? Ach, ledig und keine? Ja, dann hab ich ja alles, was ich brauche, dann ist die Anhörung beendet. Warten Sie bitte im Flur.

Das übliche Warten begann. Stunden über Stunden. Während wir da auf dem Flur standen und uns ausführlich über alles Mögliche unterhalten haben, erreichte das Verwaltungschaos seinen Höhepunkt. Es erschienen zwei weitere Postpolizisten, ohne Paket, und ein weiterer Vertreter der Sportbehörde. Sie hätten mich die letzte Stunde verzweifelt gesucht und sollten mich sofort freilassen, wenn sie mich endlich fänden. Mein Anwalt brach in Jubelgeschrei aus, woraufhin Richter Waltz die

Tür öffnete und uns freundlich mitteilte, sofort etwas leiser zu sein. Auf die Mitteilung meines Anwalts, dass die Kollegen die Anweisung hätten, mich sofort zu entlassen, schloss er die Tür. Nun ja.

Wie sich herausstellte, hatten meine beiden Begleiter nicht meinen Papierlaufzettel mitgenommen. Deshalb hing dieser noch an der Zelle und wurde nicht ausgelesen. In der GeSa brach Panik aus, überall wurde nach mir gesucht, verdammt, ein Gefangener ist weg, und wenn der nicht in 20 Minuten dem Richter vorgeführt wird, muss der sofort entlassen werden. Nach 20 Minuten galt dann, alles klar, zu spät, wenn ihr ihn findet, entlasst ihr ihn halt. In Wirklichkeit war ich aber bereits vorgeführt. Weswegen die Weisung nicht galt, also weiterwarten.

Durch den Flur wurden mir bekannte Gesichter geführt, die ich bereits aus dem Gang, der Polizeistation und dem Polizeifahrzeug kannte. Einer nach dem anderen kam lächelnd aus den Verhandlungsräumen, alle wurden sofort freigelassen, insgesamt 9 von 13. Begeistert ließ sich mein Anwalt die Gerichtsentscheidungen kopieren, sammelte sie alle, und wir begannen



ANDREAS HERZAU

zu erörtern, wie ich von der GeSa nach Hause kommen würde. Die beiden Begleitzpolizisten und die Behördenvertreter begannen, mir die Sperrzone zu erläutern und wie ich mich verhalten soll, falls ich diesen Bereich durchqueren muss auf dem Weg zum Hauptbahnhof. Und wir warteten auf die Entscheidung.

Aber die kam nicht. Mittlerweile hatten wir uns in einen leeren Raum zurückgezogen, davon gab es einige, es war auch da nicht so viel los, die Situation wirkte entspannt. Also unterhielten wir uns, bis um drei. Mittlerweile waren auch meine beiden Begleiter offenbar davon überzeugt, dass ich wohl eher nicht zu den Polizistenmördern zählen würde.

Waltz sah das anders, bei der Verkündung seiner Entscheidung gegen drei Uhr nachts. „Ich habe es mir wirklich nicht leicht gemacht, das können Sie mir glauben.“ Ja, das konnte ich ihm wirklich glauben. Es kann nicht so einfach gewesen sein, die komplette Begründung aus dem Antrag abzuschreiben und eins zu eins zu übernehmen. Immerhin lag der Antrag nur schriftlich vor und musste per Hand abgetippt werden. Und natürlich durfte er

nicht hetzen – wer schon mal mit Baumaterialien gearbeitet hat, weiß das. Wer etwas beugen will, ohne dass es bricht, muss es langsam machen.

Dass in der Entscheidung noch davon ausgegangen werden musste, dass ich „hochwahrscheinlich erhebliche Straftaten begangen“ haben könnte – geschenkt. Die Beweisvideos, die mich allesamt entlasten, konnten ja noch nicht ausgewertet werden. Dass ich „aufgrund der besonderen Rohheit und Gewaltbereitschaft ... die weiteren Demonstrationen ... dazu nutzen werde, um erneut Straftaten gegen die körperliche Integrität eingesetzter Beamter zu begehen“, ist eine schwere Anschuldigung, die aber allgemein gehalten ist und völlig den Bezug zu meiner Person vermissen lässt.

Warum gerade ich, mit meinem Auftreten, meinem Aussehen, meiner Schilderung, meiner neutralen politischen Haltung und meinem Führungszeugnis, „Registerinhalt: Keine Eintragung“, wird gar nicht erst erläutert.

Und warum kein milderer Mittel? Bereits im Vorfeld hatte ich mich einverstanden erklärt, Hamburg sofort zu verlassen, ein Ticket hatte ich bereits gebucht, ich hatte ja auch schon genug Zeit, mir die Abreisemodalitäten erklären zu lassen. Bei kontrollierter Abreise, Meldung auf einer Polizeistation zu Hause bei Ankunft am Sonntagabend sowie Montagmorgen hätte ich bei einer Regelfahrzeit von drei Stunden pro Strecke mit dem Auto immerhin 20 Minuten Zeit für Ausschreitungen gehabt, wenn ich gut durchkomme. Vielleicht hätte ich noch ein Hamburger Ortsschild beschädigen können, bevor ich zurückmuss.

Doch ich lernte: Ich verfüge nicht über „eine hinreichende Absprachefähigkeit und Verlässlichkeit“ für eine Freilassung gegen Auflagen. Begründung? Das ist so, weil das so ist.

Ratlosigkeit im Saal. Die Postpolizisten gucken sich fragend an, mein Anwalt legt Beschwerde ein. Zurück in die Gewahrsamszelle.

Was macht man eigentlich die ganze Zeit in so einer Zelle? Rausgucken? Sport? Singen? Was immer ich versucht habe,

Mittlerweile kam ich mir vor wie in einem Theaterstück, es hatte kaum noch etwas mit mir zu tun.

alles fühlte sich genau wie das an, was es war: der armselige Versuch, Zeit totzuschlagen. Was sich am besten anfühlte, war hinlegen, Augen zu, träumen. Bloß nicht über die irren Vorkommnisse nachdenken, das macht's nicht besser.

Mittlerweile kam ich mir vor wie in einem Theaterstück, es hatte irgendwie kaum noch etwas mit mir zu tun. Die Polizisten, die weiter stoisch ihren Pflichtaufgaben nachgehen mussten, Lebendkontrolle, aufs Klingeln reagieren. Beginn des Transfers, erst mal verwehrte Sachen holen, begleitet von zwei gut gelaunten Postpolizisten, die locker neben mir herliefen. Hey, habt ihr nicht bei Waltz gelesen, wie gefährlich ich bin?

Transfer in die JVA Billwerder. Noch mehr Klischees. Muskulöse Häftlinge oben ohne beim Kreisdrehen im Hof. Die betont unfreundlichen Wärter. Vollständige Entkleidung, natürlich. Befehle. Eine vollständige Einweisungsuntersuchung, haben Sie Verletzungen, schlechte Zähne, möchten Sie sich umbringen?

Zelle, Ruhe. Am nächsten Morgen Wecken, wie versprochen um 6.30 Uhr. Auf dem Flur traf ich dann das erste Mal Menschen, die tatsächlich etwas getan hatten. Alle drei Italiener. Sie zeigten mir ihre Unterlagen, Untersuchungshaft. Steinwurf, Besitz von Waffen. Die drei waren nach Hamburg gekommen, um an den Ausschreitungen teilzunehmen. Und man hatte sie verhaftet, das ist schön.

Ich wurde bald darauf entlassen, tschau. Vor der JVA begrüßten mich Fremde mit einem Kasten Bier und einem Handy. Wir sollten die Demo-Anwälte anrufen, dass wir frei sind. Jeder ein Bier, prost.

Ich wurde von Polizisten getreten, umgerannt, bestohlen, beleidigt und meiner Grundrechte beraubt. Werde ich mich beschweren? Ach was. Werde ich zur nächsten Demo gegen Polizeigewalt gehen? Nein. Die nächste Demo der DPoIG verdient meine Unterstützung. Denn was bleibt übrig von diesem Wochenende? Die G-20-Teilnehmer werden weitermachen wie bisher. Die Einsatzleitung klopft sich auf die Schulter, dass sie das alles sehr gut gemacht haben. Und die einfachen Polizisten wissen, dass es nicht stimmt, dass das eigentliche Chaos weiter verschwiegen wird und dass sie all das ausbaden müssen, was überall schief läuft.

Werde ich mich noch mal in eine solche Sackgasse wie auf dieses blöde Baugerüst navigieren? Definitiv nicht. Werde ich weiterhin ruhig und friedlich meine Meinung vertreten, ohne irgendeiner Seite, irgendeinem Pressemedium, irgendeiner Regierung blind zu vertrauen? Definitiv ja. Und werde ich wieder so eine Demo besuchen, um mir ein eigenes Bild von der Welt zu machen? Verdammst, ja. ■